

Bericht
zur demographischen Situation
in der Landeshauptstadt Magdeburg
2008

Vorbemerkung

Die Dienstanweisung über die Berücksichtigung des demographischen Wandels im Verwaltungshandeln verpflichtet das Amt für Statistik als fachlich zuständige Stelle zur jährlichen Berichterstattung an den Oberbürgermeister über die demographische Situation in der Landeshauptstadt. Der hier vorgelegte Bericht schreibt den ersten Demographiebericht von 2007 fort. Auf der Grundlage der aktuellsten verfügbaren statistischen Erkenntnisse über die Bevölkerungsentwicklung der jüngsten Zeit werden die demographischen Trends betrachtet und hinsichtlich ihres Fortwirkens in der Zukunft beleuchtet.

Auf viele langfristige Prozesse wurde bereits im Bericht 2007 hingewiesen. Diese Ausführungen müssen hier nicht wiederholt werden. Mehr Wert wird darauf gelegt zu untersuchen, inwieweit die jüngsten Entwicklungen Anlass zur Präzisierung oder Korrektur früher getroffener Einschätzungen geben.

Statistisches Datenmaterial wird wiederum nur im unbedingt notwendigen Mindestmaß wiedergegeben. Vielmehr legt der Bericht Wert auf die Darstellung von Wirkungszusammenhängen und möglichen zukünftigen Entwicklungen. Viele Daten können aus den laufenden Veröffentlichungen des Amtes für Statistik, insbesondere aus den jährlich im Rahmen der Veröffentlichungsreihe „Magdeburger Statistische Blätter“ erscheinenden Broschüren zur Bevölkerungsstatistik (zuletzt Heft 67, Juni 2008) entnommen werden.

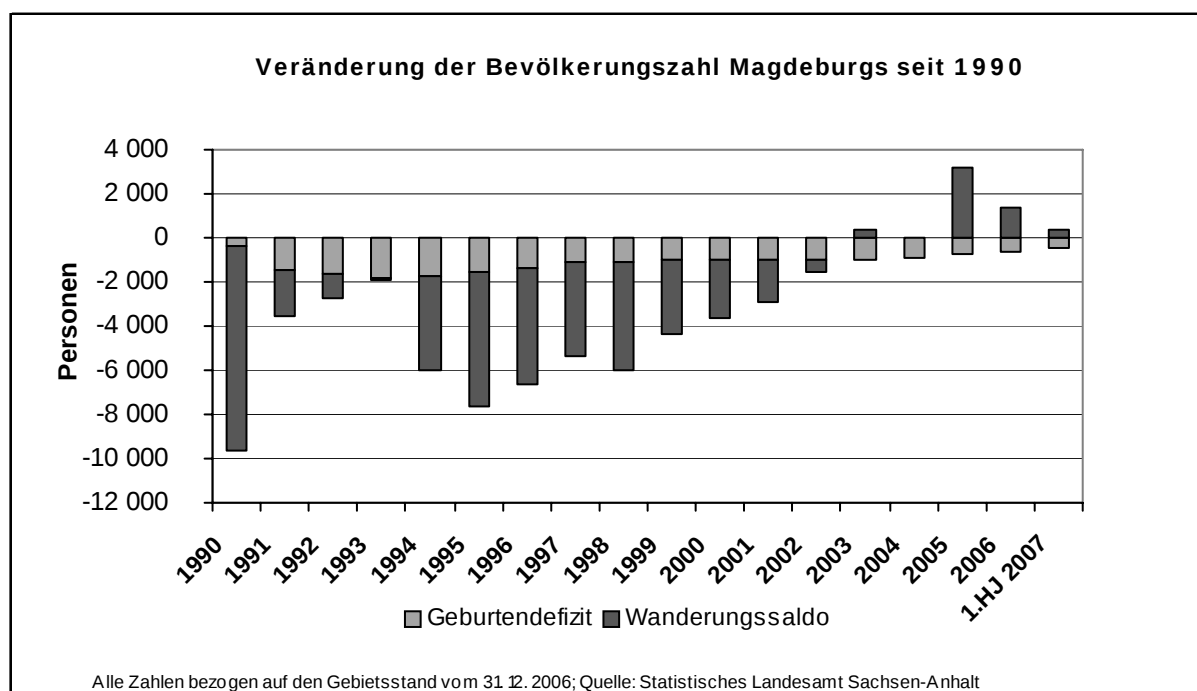
Aus Umfangsgründen wurde auch darauf verzichtet, die unterschiedliche Entwicklung der Bevölkerungsstruktur in den einzelnen Stadtteilen und Statistischen Bezirken detailliert darzustellen. Im kleinräumigen Bereich sind überdies die beabsichtigten und unbeabsichtigten Wirkungen der Stadtentwicklung einerseits und der großmaßstäbigen demographischen Trends andererseits auf die Bevölkerungsstruktur schwer voneinander zu trennen.

Die demographische Situation Magdeburgs im Kontext des Landes

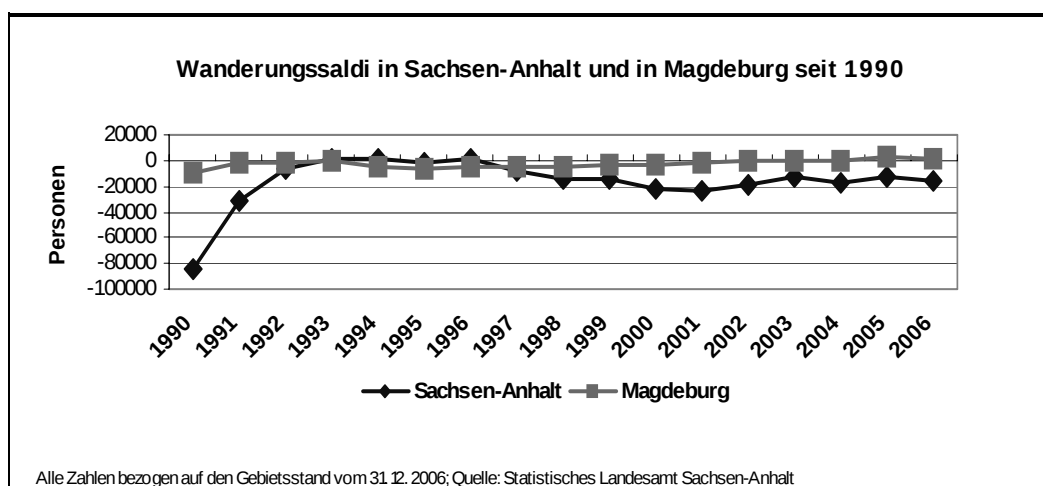
Die Landeshauptstadt als Teil Sachsen-Anhalts und der neuen Bundesländer allgemein konnte und kann sich den großen Trends, die in diesen Räumen wirken, natürlich nicht entziehen. Das gilt umso mehr, wenn die Triebkräfte dieser Trends von allgemeingültiger Natur sind, wie sich etwa in den mächtigen Abwanderungsströmen in die alten Länder um 1990 oder dem darauffolgenden Einbruch der Geburtenzahlen zeigte. Je mehr sich die

Situation normalisiert, je mehr die Vor- und Nachteile in der Standortkonkurrenz der Regionen zum Tragen kommen, um so mehr differenziert sich das Bild.

Die folgenden drei Schaubilder basieren wie auch die Grafik auf S. 5 unten ausschließlich auf Daten des Statistischen Landesamtes und beziehen sich auf Magdeburg in seinen heutigen Grenzen. Die Zahlen der früheren Jahre sind also der Vergleichbarkeit wegen auf den heutigen Gebietsstand umbasiert. Die allen übrigen Grafiken zugrunde liegenden Daten beziehen sich stets auf den Gebietsstand des jeweiligen Jahres

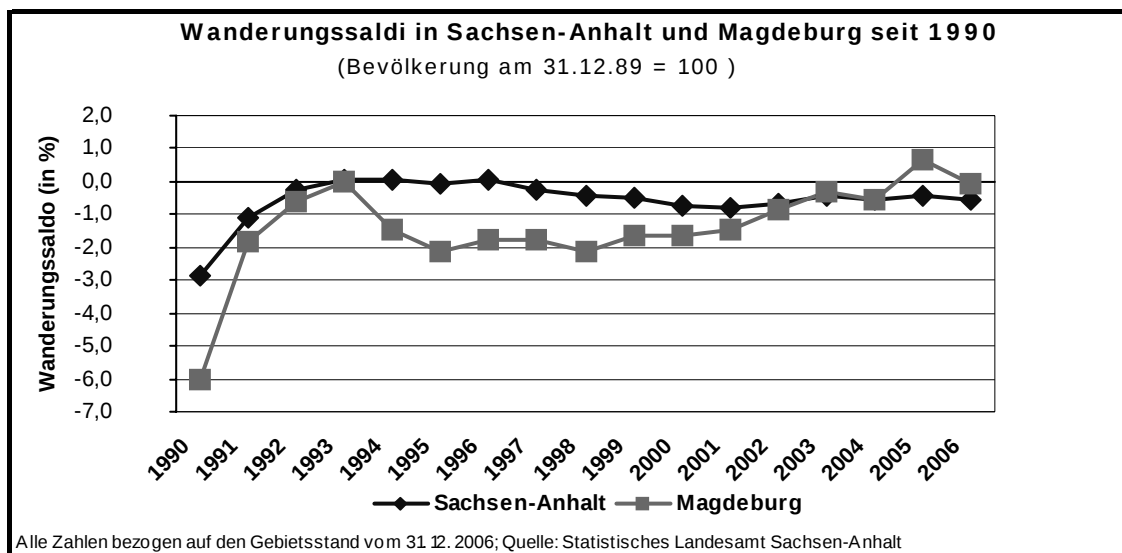


Der Blick auf die Wanderungs- und Geburtenbilanzen der Jahre seit 1990 macht den Einfluss der internen und externen Einflußfaktoren deutlich. Während sich der natürliche Bevölkerungssaldo – stets im Negativen – stetig dem allgemeinen Trend folgend verändert,



weist die Wanderungsbilanz zum Teil erhebliche Sprünge auf. Die Folgen der Abwanderung nach der Grenzöffnung, der Suburbanisierung, aber auch der Einführung der Zweitwohnungssteuer 2005 sind unmittelbar ablesbar.

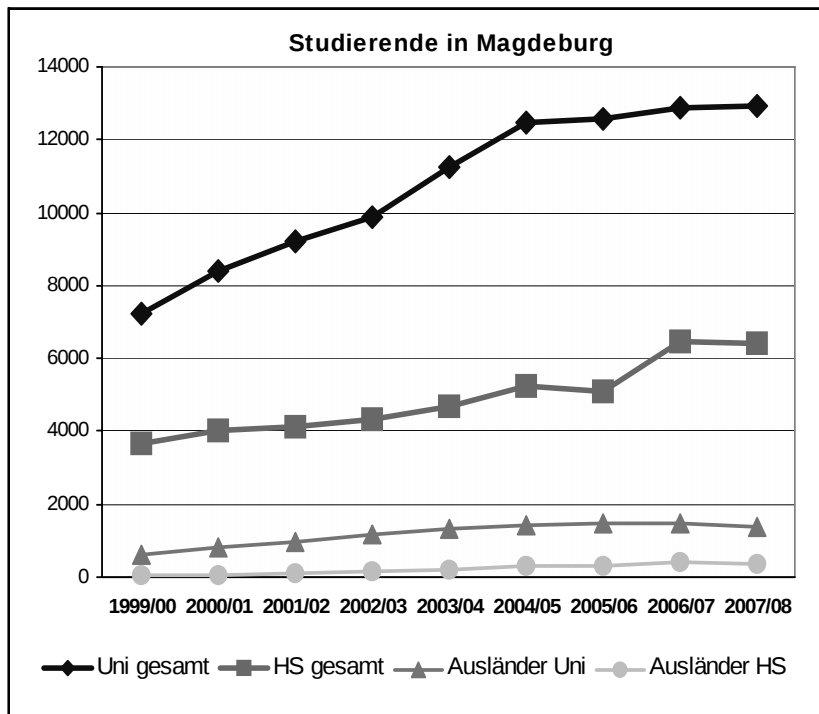
Im Vergleich der Wanderungsergebnisse von Magdeburg und dem Bundesland erkennt man eine Phase, in der die Landeshauptstadt Bevölkerung verlor, während das Land durch die berufsbedingte Ansiedlung von Neubürgern aus den alten Bundesländern und die Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen seine Bevölkerungszahl stabilisieren konnte. In diesen Jahren wird der Bevölkerungsverlust Magdeburgs infolge der Abwanderung in das nahe Umland deutlich. Erst nach deren Ende, mit Beginn des Zustroms Studierender an die expandierenden Hochschulen der Stadt, koppelt sich Magdeburg von der wieder deutlich ins Negative



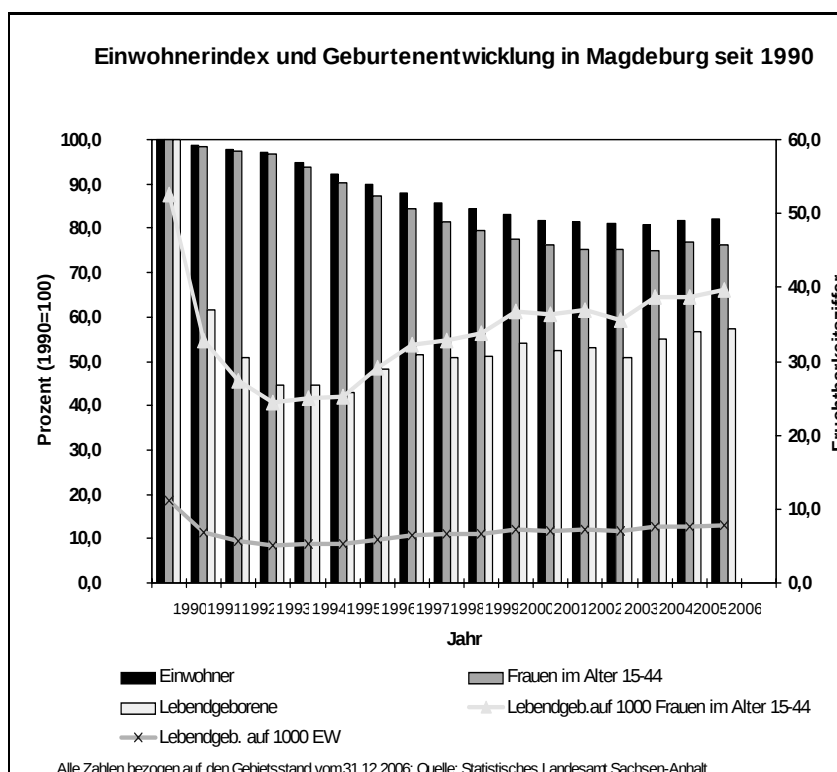
schwenkenden Entwicklung des Bundeslandes ab und spielt seine Standortvorteile aus. Noch deutlicher wird diese Differenzierung, wenn statt der absoluten Zahlen die prozentuale Veränderung der Einwohnerzahlen betrachtet wird.

Der Bevölkerungsstand der Stadt

Der seit 2005 anhaltende Trend zum Bevölkerungsplus in der Stadt hat sich 2007 nicht in gleicher Weise fortgesetzt. Zwar besteht noch immer eine positive Wanderungsbilanz, diese fällt jedoch nicht mehr so stark aus wie im Vorjahr, so dass sich bei nach wie vor negativem natürlichen Bevölkerungssaldo insgesamt eine ausgeglichene Bilanz ergibt. Eine Ursache ist, dass der Wachstumseffekt durch die Ausweitung der Kapazitäten von Universität und Fachhochschule allmählich ein Ende findet und der Zustrom neuer Studenten durch den Abgang stärkerer Absolventenjahrgänge kompensiert wird.



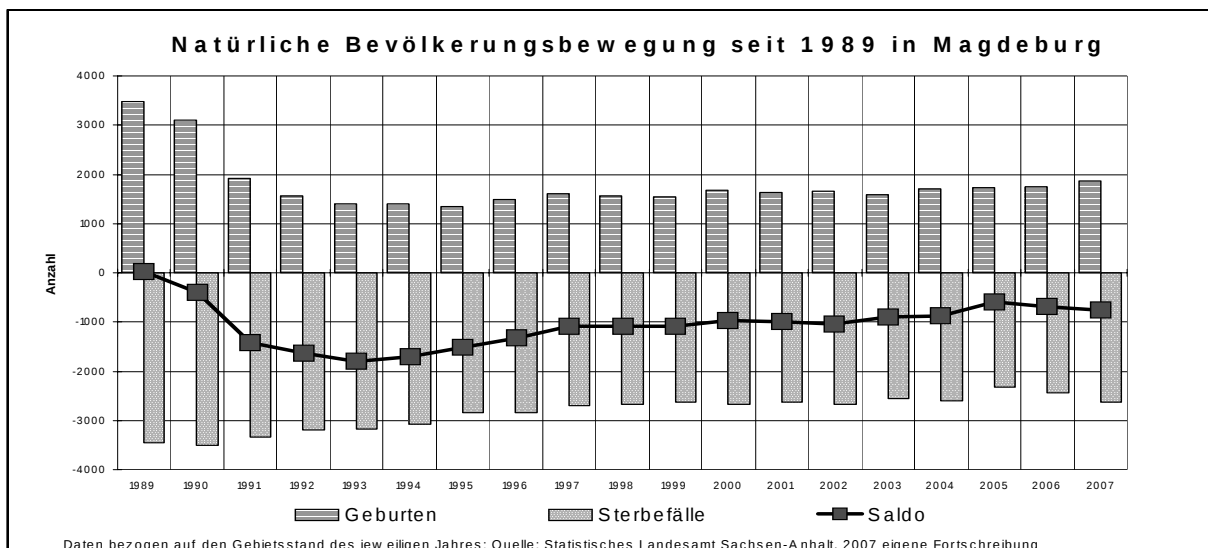
Eine deutlich positive Entwicklung hat im vergangenen Jahr die Zahl der Geburten genommen. Waren im Jahr 2006 noch rd. 1760 Neugeborene in das Einwohnerregister aufgenommen,



men worden, waren es 2007 1870. Werden die absoluten Zahlen auf die Zahl der Bevölkerung oder der Frauen im Alter von 15 bis 44 Jahren (traditionell in der Bevölkerungsstatistik als „gebärfähiges Alter“ bezeichnet) bezogen, so zeigt sich auch eine relative Zunahme der Geburten. Eine Aussage darüber zu treffen, ob sich hier eine Trendwende hin zu einer wie-

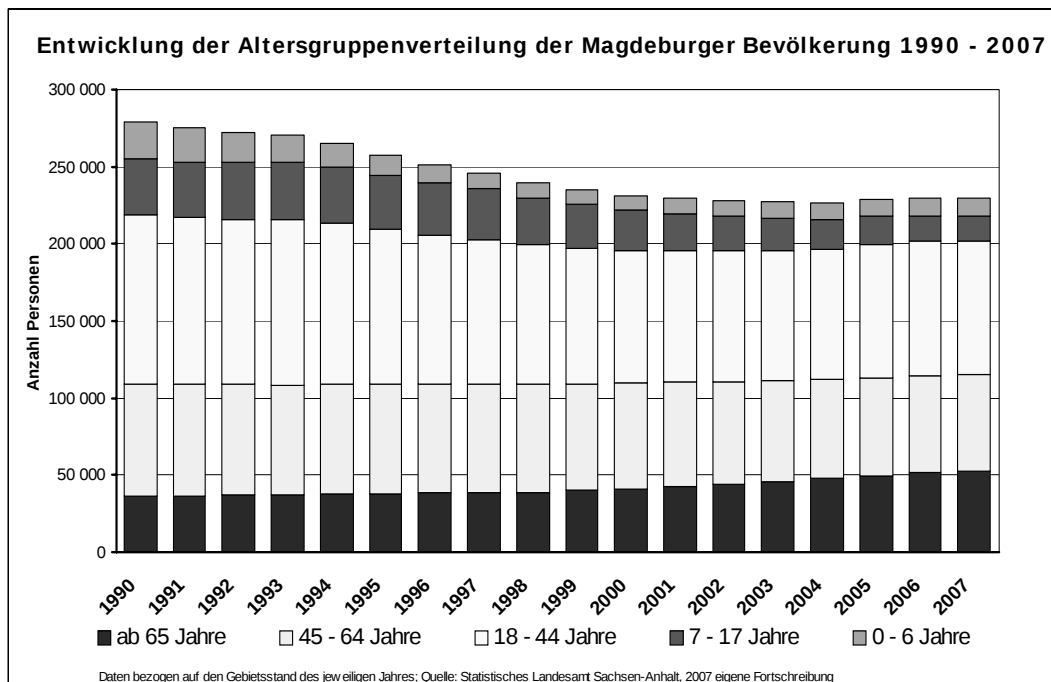
der höheren Geburtenzahl abzeichnet, ist nach nur einem Jahr nicht möglich. Insbesondere wird zu beobachten sein, ob sich hier ein sog. statistischer Tempoeffekt bemerkbar macht. Darunter versteht man den Einfluss der zeitlichen Verschiebung eines Ereigniszeitpunktes (hier von Geburten) auf eine Statistik. Der historische Einbruch der Geburtenzahlen in den 90er Jahren ist beispielsweise durch die drastische Verschiebung des Gebäralters verstärkt worden. Unzweifelhaft sind dagegen die weiteren Angleichungen der Geburtenzahlen in Ost und West sowie das auf Grund des demographischen Echoeffekts nach 2010 zu erwartende erneute Absinken der Geburtenzahlen. Und wie schon in den letzten Jahren, so bleibt auch weiterhin das Geburtendefizit ein starker Einflussfaktor auf das mittelfristige Absinken der Bevölkerungszahl.

Aus der Grafik der natürlichen Bevölkerungsbewegungen seit 1989 ist auch erkennbar, dass sich die jährlichen Zahlen der Sterbefälle (von ca. 3500 vor 1990 auf rd. 2500 in der ersten



Hälfte des laufenden Jahrzehnts) verringert haben. Auch dies ist zu großen Teilen ein statistischer Tempoeffekt. Vor allem durch die Verbesserung der medizinischen Versorgung im Alter hat ein „Aufschieben“ von Sterbefällen stattgefunden. Im vergangenen Jahr ist erstmals wieder eine Zunahme der Sterbefälle zu verzeichnen. Es ist zu vermuten, dass hierin bereits der Beginn eines „Nachholvorgangs“ zu sehen ist. Erst danach wird sich wieder ein stationärer Normalzustand einstellen.

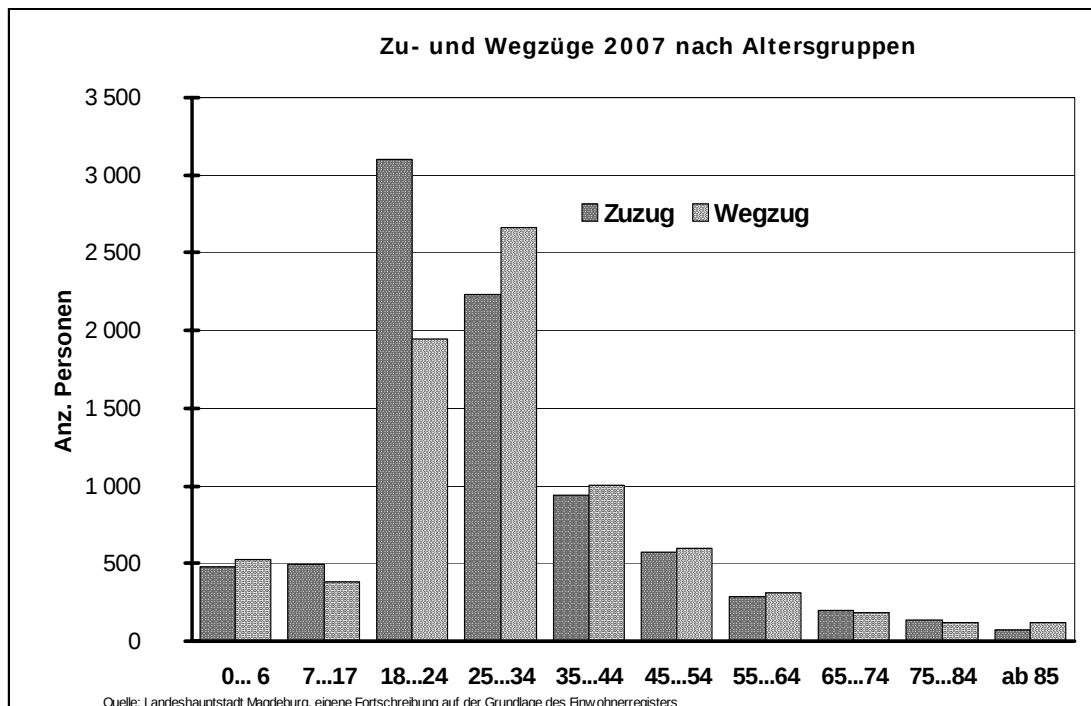
Erwartungsgemäß setzt sich der demographische Generaltrend „Alterung der Bevölkerung“ ungebrochen fort. Die erkennbare leichte Zunahme der Altersgruppe 18 – 44 hat ihre Ursache in der Stellung Magdeburgs als Hochschulstadt. Der rechnerische Altersdurchschnitt der Magdeburger Bevölkerung ist im Jahr 2007 wiederum gestiegen: von 45,13 auf 45,3 Jahre. 1990 hatte er noch bei 38,3 Jahren gelegen.



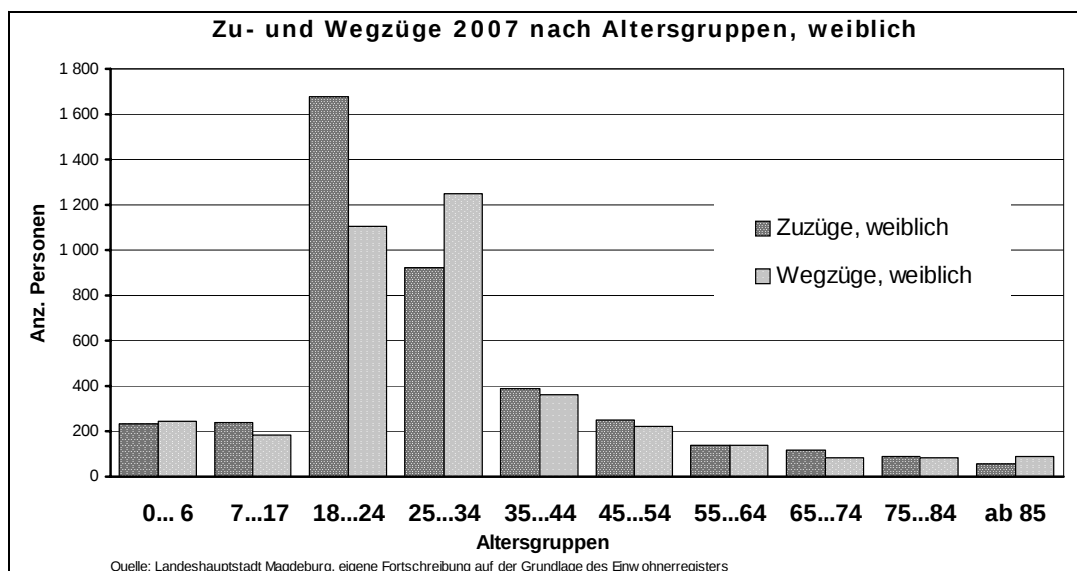
Zu- und Abwanderung

Magdeburg hat im Jahr 2007 nach eigener Fortschreibung rd. 10 200 Einwohner (mit Hauptwohnsitz) durch Zuzug gewonnen. Im gleichen Zeitraum haben sich etwa 9460 Personen aus der Stadt abgemeldet. Während damit die Zahl der Zuzüge reichlich in der Größenordnung des Vorjahres blieb, stieg die Zahl der Wegzüge um etwa 700. In dieser Zahl sind auch etwa 150 Personen enthalten, die im Rahmen regelmäßiger Registerbereinigungen von Amts wegen abgemeldet wurden. Die Wanderungssituation setzt damit den bereits im Demographiebericht 2007 beschriebenen Trend eines sich langsam abschwächenden positiven Wanderungssaldos fort. Allerdings konnte der Wanderungsgewinn den Verlust aus den natürlichen Bevölkerungsbewegungen nicht mehr in dem Maße wie im Vorjahr überkompensieren.

Unter den Zugezogenen gehörten 3600 der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen an, in der die überwiegende Zahl der Studienanfänger zu finden ist. In dieser Altersgruppe übersteigt die Zahl der Zuzüge die der Fortzüge um etwa 1300. Der Wanderungssaldo in dieser Altersgruppe übersteigt erheblich den Gesamtsaldo aller Wanderungen – die Zuzüge dieser Gruppe gleichen also Verluste in anderen Altersgruppen (z.B. der 25- bis 34-Jährigen) mehr als aus.

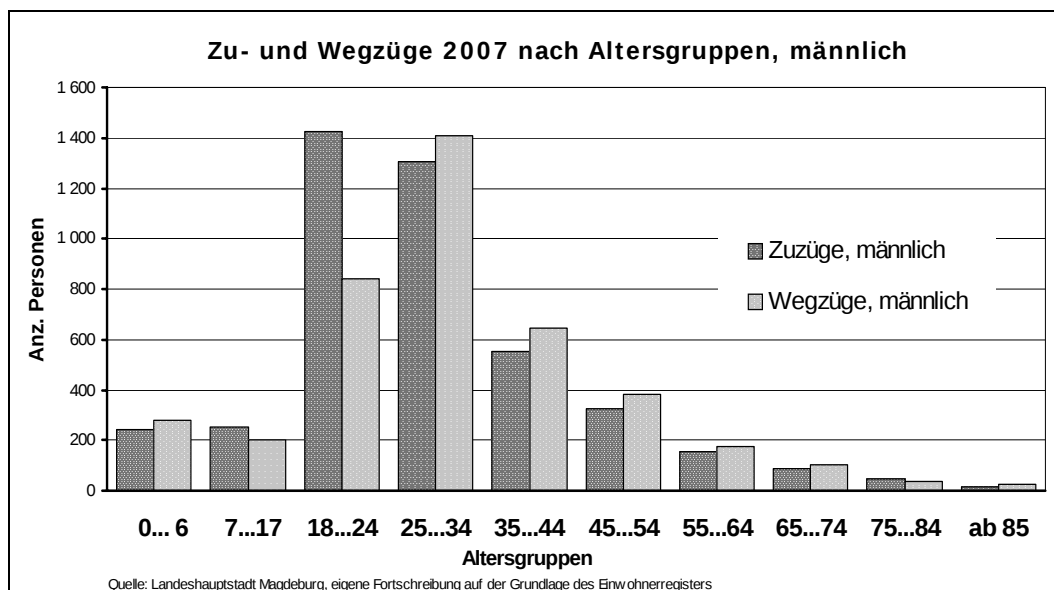


Auch der Blick auf die Geschlechterverteilung offenbart keine gegenüber 2006 veränderten Verhältnisse: Bei den 18- bis 24-jährigen Deutschen liegt die Mobilität der Frauen höher als



die der Männer, sowohl im Zuzug als auch im Wegzug. Während der weibliche Wanderungssaldo in dieser Altersgruppe deutlich im Positiven liegt, ist es in der sich anschließenden Altersgruppe umgekehrt – es ziehen mehr Frauen fort als zu. Während also in der Altersgruppe 18 bis 24 mehr Frauen als Männer nach Magdeburg kommen, überwiegen in der nächsten Altersgruppe die Männer. Die bereits im Bericht zum Vorjahr gemachten Aussagen über die Wandervorgänge und ihre möglichen Motive behalten ihre Gültigkeit. In den

Altersgruppen 0 bis 6 und 7 bis 17 ist der Wanderungssaldo 2007 allerdings ausgeglichen –



zumindest in diesem Jahr kann von einem Strom der Wegzüge von Familien ins Eigenheim im Umland nicht mehr gesprochen werden.

Magdeburg hatte 2007 im zweiten Jahr in Folge zu allen angrenzenden Landkreisen wie auch zur Summe des übrigen Sachsen-Anhalt einen positiven Wanderungssaldo. Besonders die Zuwanderung aus den Nachbarkreisen wird zu wesentlichen Teilen von jungen Menschen getragen, die in den 90er Jahren als Kinder oder Jugendliche mit ihren Eltern in das Eigenheim im Umland gezogen sind und nun den elterlichen Haushalt verlassen. Allerdings bewegt sich der hiermit verbundene Zuwanderungsgewinn in der Größenordnung von einigen hundert Personen im Jahr und vermag den erheblichen Blutverlust durch die damalige Suburbanisierungswelle nicht in nennenswertem Umfang zu kompensieren. Außerdem ist davon auszugehen, dass viele der Betroffenen nach Beendigung ihrer Ausbildung die Region Magdeburg zu verlassen beabsichtigen.

Während also das Verhältnis Magdeburgs zum übrigen Sachsen-Anhalt einseitig zu Gunsten der Landeshauptstadt ausfällt, gleicht sich die Gesamtbilanz im Verhältnis zur Summe der übrigen neuen Bundesländer einschließlich Berlins nur auf Grund des Zuzugs der 18- bis 24-Jährigen aus. In allen anderen Altersgruppen liegt ein schwach negativer Wanderungssaldo vor. Diese, bereits im Vorjahr festgestellte Situation lässt sich nicht allein aus der Abwanderung von Berufsanfängern nach beendeter Ausbildung erklären.

Bei Betrachtung der alten Bundesländer wird das Missverhältnis noch deutlicher. In allen Altersgruppen ist der Wanderungssaldo negativ, am deutlichsten natürlich in der Gruppe der Berufsanfänger. Lediglich in der Gruppe der 18- bis 24-Jährigen kommt ein annähernder

Ausgleich zustande. Im vergangenen Jahr fiel der Vergleich in dieser Altersgruppe noch zu Gunsten Magdeburgs aus.

Innerstädtische Wanderungen

Die Betrachtung der innerstädtischen Wanderungsströme ist an und für sich kein Gegenstand der Demographie. Jedoch haben die großräumigen demographischen Prozesse natürlich ihren Widerhall im innerstädtischen Bereich. In den letzten Jahren verzeichnete das Einwohnerregister stets innerstädtische Umzüge in der Größenordnung von 22 000 bis 24 000 Personen. Im Jahr 2007 meldete sich mit etwa 21 800 Personen eine etwas geringere Zahl für eine neue Wohnung an. In den nächsten Jahren ist auf Grund der Bildung von Wohneigentum mit einer weiteren langsamen Abschwächung der Umzugsströme zu rechnen. Die Beobachtung der innerstädtischen Wanderungen bestätigt zum einen den Trend zu dezidiert urbanen Wohnformen, zum anderen werden Erfolg oder Misserfolg von Stadtumbau und Stadtteilentwicklung sichtbar.

Grundsätzlich ergibt sich dabei kein vom Vorjahr verschiedenes Bild. Die bereits in der Vergangenheit bei den stadtteilübergreifenden Wanderungen durch besonders hohe Zuzugsanteile (bezogen auf den Bevölkerungsstand des Jahresendes) aufgefallenen Stadtteile Sudenburg und Altstadt belegen wiederum vordere Plätze unter den Umzugszielen mit Werten über 7 Prozent. An der Spitze der Wohnquartiere steht aber diesmal Buckau. 9,7 Prozent seiner knapp 4500 Bewohner sind erst im gleichen Jahr aus anderen Stadtteilen zugezogen. In absoluten Zahlen handelt es sich dabei um fast 440 Personen, zu denen weitere rd. 450 Neu-Magdeburger treten. Den in absoluten Zahlen höchsten Gewinn durch innerstädtische Umzüge hatte wiederum Stadtfeld Ost mit über 1600 Personen zu verzeichnen. Mit rund 24 000 Einwohnern handelt es sich auch um den einwohnerstärksten Stadtteil der Landeshauptstadt.

Bei den Wegzugsraten (bezogen auf die Bevölkerung am Jahresanfang) weisen Buckau, Brückfeld, Lemsdorf und Sudenburg die höchsten Werte auf. Die Stadtteile Sudenburg und Buckau sind, nicht zuletzt wegen ihres hohen Anteils von junger Bevölkerung, stets durch hohe Mobilität gekennzeichnet. Dagegen bedürfen die beiden anderen Stadtteile, die sich in der Statistik erstmals nach vorn schieben, zukünftig weiterer Beobachtung.

In absoluten Werten nimmt der Stadtteil Neu Olvenstedt mit einem negativen Wanderungssaldo von über 500 Personen abermals die Spitzenstellung ein. Die höchsten positiven Wanderungsbilanzen haben Stadtfeld Ost, Ottersleben (v. a. bedingt durch den Bezug zahl-

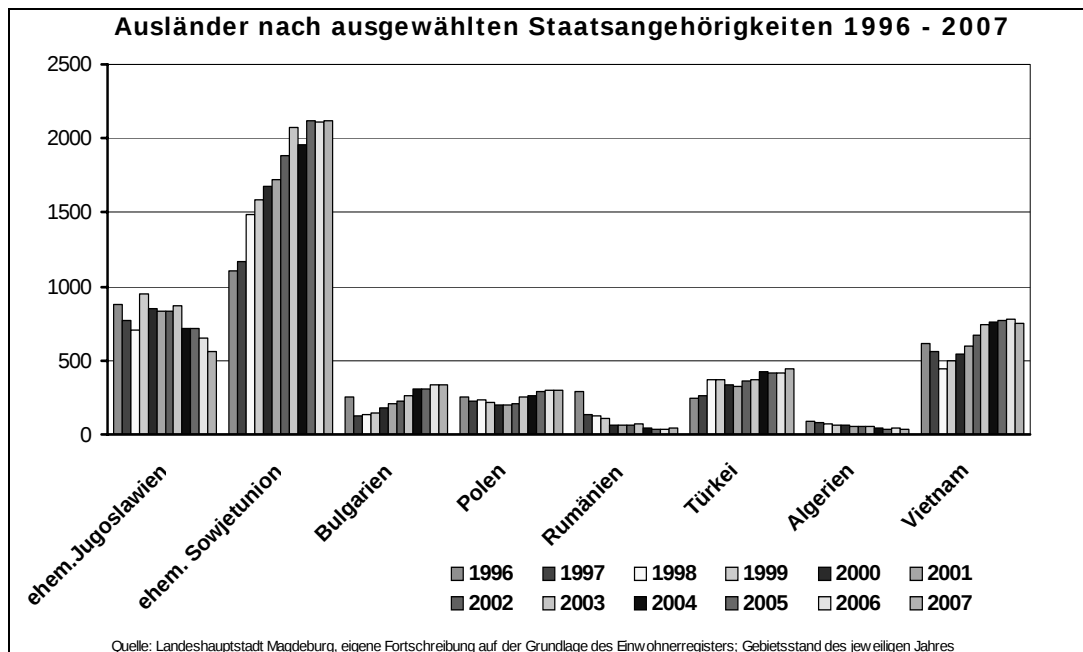
reicher Eigenheime) und die Altstadt. Auch der siedlungsstrukturell ursprünglich mit Neu Olvenstedt vergleichbare Stadtteil Neustädter Feld verzeichnet inzwischen einen innerstädtischen Wanderungsgewinn.

Migranten

An dieser Stelle muss wiederum auf das Fehlen einer verlässlichen Datenbasis über Einwohner mit Migrationshintergrund verwiesen werden. Solange Verwaltungsregister die einzige Quelle zur Gewinnung statistischer Daten bleiben, beschränkt sich die Auswertung auf die dort gespeicherten Sachverhalte. Im Melderegister gespeichert ist ausschließlich die Staatsangehörigkeit. Als Ausländer gilt dabei, wer die deutsche Staatsangehörigkeit nicht besitzt. Eingebürgerte, Ausländerkinder, die durch Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben, fallen ebenso aus der Erfassung wie Spätaussiedler, die kraft Gesetzes als Deutsche gelten.

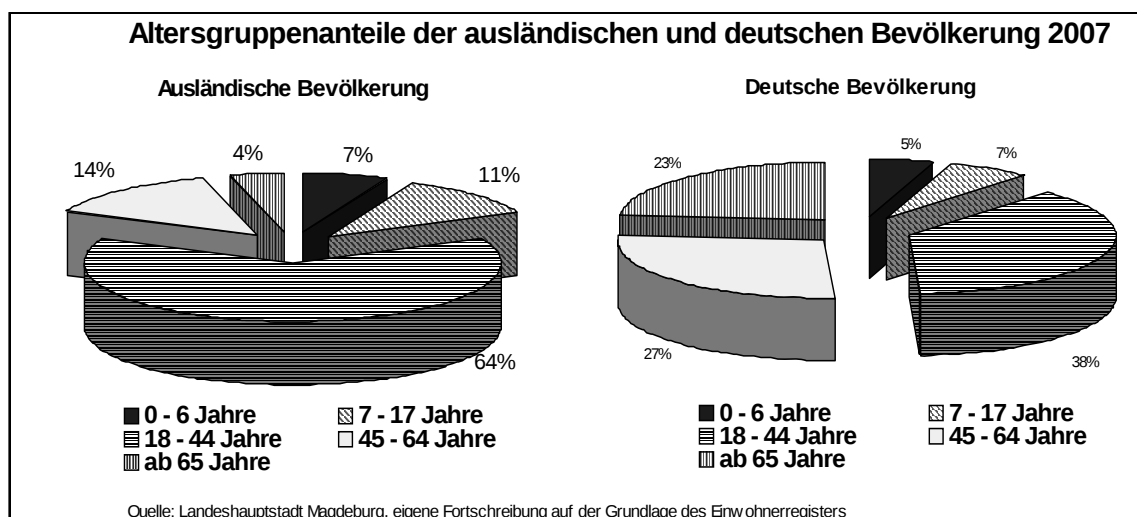
Das Melderegister der Landeshauptstadt weist im Jahr 2007 bei schwach positivem Wanderungssaldo reichlich 8000 Ausländer aus, das sind wie in den beiden Jahren zuvor 3,5 % Anteil an der Gesamtbevölkerung. In dieser Zahl enthalten sind auch ca. 1750 ausländische Studierende, eine gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangene Zahl. Der bisherige Höchstwert der Anzahl in Magdeburg gemeldeter Ausländer lag mit 8100 im Jahr 2004 nur unwesentlich über der aktuellen Zahl. Nach wie vor wohnen die meisten Ausländer im Stadtteil Altstadt und Alte Neustadt. Über dem Durchschnitt der Stadt liegen die Anteile ausländischer Bevölkerung außerdem in den Stadtteilen Buckau, Leipziger Straße, Sudenburg und Rothensee.

Die nationale Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung Magdeburgs hat sich gegenüber dem Vorjahr wenig verändert: Insgesamt fast 1700 Einwohner stammen aus den 26 Staaten, die neben Deutschland zur EU gehören. Sie besitzen soweit sie das 16. Lebensjahr vollendet haben, das Bürgerrecht im Sinne der Gemeindeordnung. Die meisten Ausländer stammen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, unter ihnen sind die Ukrainer stärker als die Russen vertreten. Es folgen die Vietnamesen mit etwa 750 Personen, auch die Teile des ehemaligen Jugoslawien, vor allem Serbien und Montenegro, sind noch stark vertreten. Die Einwohner türkischer Nationalität, die in vielen westdeutschen Städten die stärkste Ausländergruppe ausmachen, liegen in Magdeburg mit etwa 440 im Mittelfeld. Zahlreiche andere Nationalitäten (unter ihnen viele Studierende) bringen es zusammen auf mehr als 3400 Personen. Insgesamt erreicht keine Volksgruppe einen 0,5%-Anteil.



53,6% der ausländischen Einwohner der Stadt sind Männer, damit hat sich das männliche Übergewicht gegenüber dem Vorjahr leicht verringert. Unter dem deutschen Bevölkerungsanteil liegt die Männerquote unverändert bei 48,1%.

Nur etwa 18,3% der Ausländer sind 45 Jahre alt oder älter, aber 51,3% der deutschen Bevölkerung gehören diesen Altersgruppen an. Gleichzeitig liegen die Anteile der unter 18-Jährigen bei 17,9% im ausländischen und bei 11,4% im deutschen Bevölkerungsteil. Aus der



unterschiedlichen Altersstruktur der Bevölkerungsteile ergeben sich entsprechend unterschiedliche Folgerungen für die Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegungen. Die hierüber im Demographiebericht 2007 gemachten Aussagen behalten unverändert ihre Gültigkeit, also: höhere Geburtenrate und geringere Anzahl von Sterbefällen beim ausländischen gegenüber dem deutschen Bevölkerungsanteil. Wenig verändert hat sich auch das Bild der

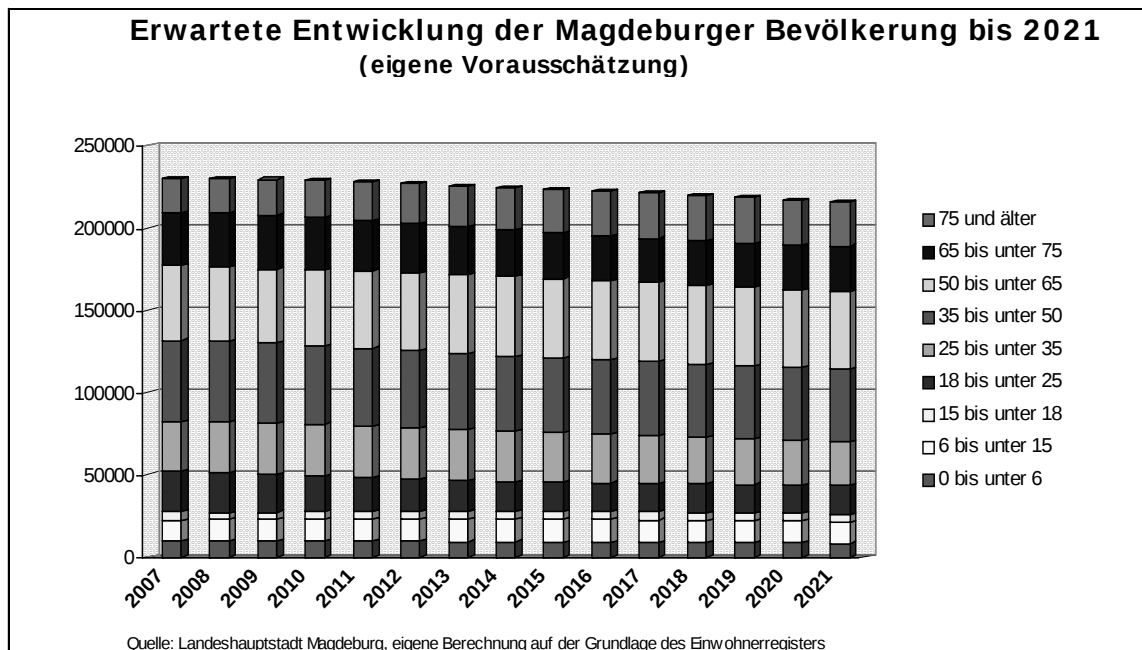
Familienstände der Ausländer. Infolge der Altersstruktur, des höheren Männeranteils und natürlich auf Grund des Umstandes, dass viele der hier lebenden Ausländer Studierende sind, ist der Ledigenanteil deutlich höher als in der deutschen Bevölkerung. Deutlich niedriger bleibt der Anteil der verwitweten oder geschiedenen Personen.

Absehbare zukünftige Entwicklungen

Seit 2004 nimmt das Amt für Statistik der Landeshauptstadt kleinräumige städtische Bevölkerungsvorausschätzungen vor. Sie werden jährlich auf der Grundlage der gemessenen Bevölkerungsveränderungen und erkennbarer Trends fortgeschrieben und im Horizont um ein Jahr verlängert. Aktuell umfasst die Schätzung den Zeitraum bis 2021. Auf den Umstand, dass jede Vorausberechnung der demographischen Entwicklung auf einer Reihe mehr oder minder plausibler Annahmen beruht und also nicht frei von Willkür ist, wurde bereits mehrfach hingewiesen.

Die aktuelle Vorausberechnung des Bevölkerungsstandes der Landeshauptstadt und ihrer Teilgebiete durch das Amt für Statistik zeigt keine wesentlichen Veränderungen gegenüber der vorjährigen Prognose. Entwicklungen im politischen Raum („Hochschulpakt“) haben Anlass gegeben, den Abschwung der Studierendenzahlen nach dem Eintritt der Auswirkungen des Geburtenschwunds der 90er Jahre weniger drastisch zu sehen. Zu den Annahmen gehört die Erwartung, dass der Rückgang der Zahl der potentiellen Studenten aus den östlichen Bundesländern etwa zur Hälfte durch Studienanfänger aus den alten Ländern kompensiert wird. Ob sich diese Erwartung bewahrheitet oder vielleicht sogar als zu konservativ erweist, wird wesentlich von den Vorgaben der Landes-, insbesondere der Finanzpolitik abhängen.

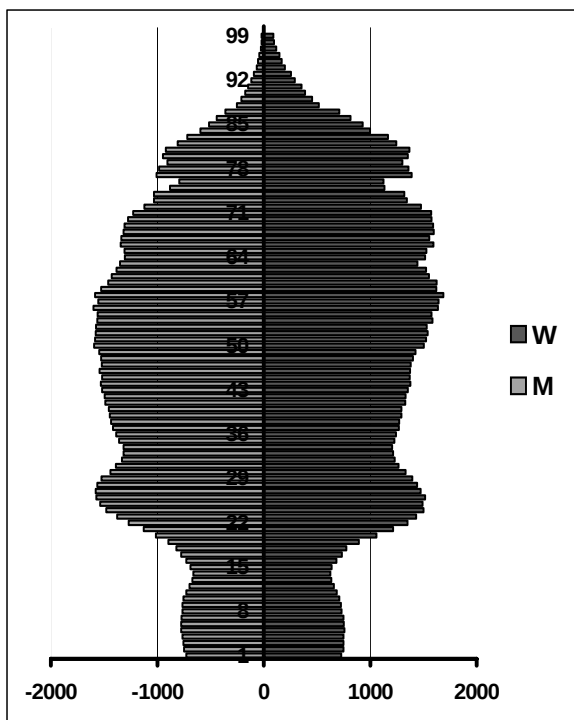
Für das Ende des Prognosezeitraums ist ein Bevölkerungsstand (bezogen auf den derzeitigen Gebietsstand und das aktuelle Melderecht) um 215 000 wahrscheinlich. Zu diesem Zeitpunkt wird Magdeburg wieder in einem stärkeren demographischen Abschwung auf Grund des Echoeffekts des Geburtendefizits der Neunziger eingetreten sein. Das Statistische Landesamt sieht bis 2025 ein Absinken der Einwohnerzahl auf weniger als 210 000 voraus.



Zu den großen Unbekannten der Bevölkerungsvorausschätzung gehört neben der Entwicklung der (politisch motivierten) grenzüberschreitenden Zuwanderung auch die Frage, wie sich künftig das Erstgebäralter entwickelt. Sollte sich wieder ein Trend zur Vorverlegung der

Schwangerschaften einstellen, ist auf Grund des statistischen „Tempoeffekts“ ein vorübergehender Geburtenanstieg und damit eine höhere Bevölkerungszahl zu erwarten.

Die Magdeburger Bevölkerung 2020 (eigene Vorausschätzung)



Die tendenzielle Alterung der Bevölkerung wird sich in den nächsten Jahren fortsetzen. Bis 2020 ist mit einem weiteren Anstieg des Anteils der ab 65-Jährigen auf etwa 25 % zu rechnen. Das Durchschnittsalter der Stadtbevölkerung wird dann etwa 46,2 Jahre betragen. Die Alterung wird durch den Zuzug von Studenten zeitweise, durch die Niederlassung von Berufsanfängern dauerhaft verlangsamt.

Die Stadt kann also ihren sich festigenden Ruf als Forschungs- und Technologiestandort nutzen, um eine wachsende Zahl von Hochschul- bzw. Universitätsabsolventen als Arbeitskräfte am Ort zu halten. Dabei handelt es sich im optimalen Fall um einen sich selbst

verstärkenden Vorgang, wenn eine wachsende Forschungslandschaft wiederum die Attraktivität des Standorts für die wiederum Arbeitsplätze schaffende Wirtschaft erhöht. Aus demographischer Sicht stellt diese Variante den Idealfall dar.

Mit Sicherheit erwartet werden kann ein Anhalten der Verflechtungsprozesse mit dem Umland der Stadt. Diese Entwicklung vollzieht nur das nach, was um die Oberzentren der alten Bundesländer seit Jahrzehnten selbstverständlich ist. Die Unterschiede zwischen Stadt und (Um-)Land verschwinden zusehends – und zwar unabhängig von Verwaltungsgrenzen. Die demographischen Prozesse, sichtbar werdend in den Lebenszyklen von Wohngebieten, vollziehen sich unabhängig von territorialpolitischen Entscheidungen. Die Frage, ob und wie sich die Gebietsstruktur im Umfeld der Landeshauptstadt künftig reformiert, ist zwar für die Bevölkerungsstatistik der Stadt und damit auch fiskalisch, nicht aber unter demographischem Aspekt von Belang.

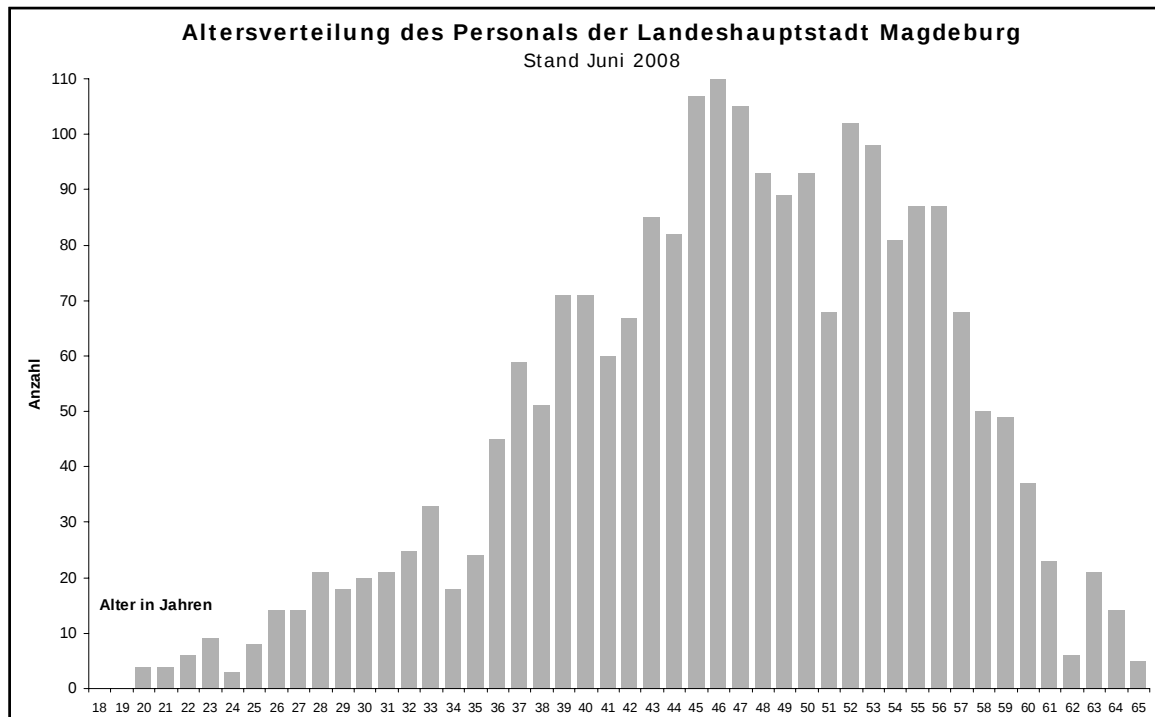
Die Stadt als Arbeitgeber

Die demographischen Veränderungen, namentlich die Alterung der Bestandsbevölkerung bei gleichzeitiger Abschwächung der nachfolgenden Generationen, machen sich verständlicherweise über kurz oder lang auch in den Belegschaften von Unternehmen und Verwaltungen bemerkbar. Dabei unterscheiden sich die Situationen in den alten und den neuen Bundesländern derzeit noch. Während in den Verwaltungen der alten Länder zum Teil schon heute ein erheblicher Nachwuchsmangel registriert wird, ist der öffentliche Dienst in den meisten Regionen des Ostens wegen der dort im allgemeinen niedrigeren Einkommen in der freien Wirtschaft noch ein attraktiver Arbeitgeber. Ob alle Berufsanfänger in einer öffentlichen Verwaltung ein Berufsleben lang dem öffentlichen Dienst die Treue halten werden, ist nicht zuvörderst demographisches Problem. Zu erwarten ist aber auch im Osten spätestens nach dem Wirksamwerden des Geburtenknicks der 90er Jahre, ein drastischer Rückgang der Zahl der Ausbildungsanwärter.

In der Landeshauptstadt Magdeburg ist die Problematik bekannt. Sie ist u.a. Gegenstand der in der Betreuung des Fachbereichs 01 stehenden Arbeitsgruppe Personalentwicklung. In den einschlägigen Berichten wird ihr hinreichend Platz eingeräumt, so dass an dieser Stelle nicht vertieft darauf eingegangen werden muss.

Bereits ein kurzer Blick auf die Altersverteilung der Verwaltungsbediensteten (ohne Eigenbetriebe) lässt erkennen, dass schon heute eine altersmäßig unausgewogene Verteilung vorliegt. Das arithmetische Mittel (Altersdurchschnitt) und der Median der Verteilung liegen

bei etwa 46 Jahren. Es werden also mehr als die Hälfte aller Beschäftigten die Verwaltung innerhalb der nächsten beiden Jahrzehnte verlassen, darunter fast alle Führungskräfte. Die Zwänge der Haushalts- und Personalpolitik der vergangenen 15 Jahre haben dazu geführt, dass in der Altersverteilung des Personals in der Generation bis 35 Jahre eine deutliche Unterbesetzung besteht.



Im Vergleich zu vielen wachsenden Unternehmen befindet sich die Landeshauptstadt dabei zwar in einer noch recht komfortablen Situation, doch lässt die Altersstruktur auch unter der Voraussetzung weiterer Rationalisierung nicht erwarten, dass alle künftig entstehenden Personallücken durch die jetzt vorhandenen jüngeren Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einschließlich künftiger Berufsanfänger aufgefüllt werden können. Die Landeshauptstadt als Arbeitgeber wird also mittel- und langfristig auf dem freien Arbeitsmarkt vor allem um Fach- und Führungskräfte konkurrieren müssen. Die derzeitige Tariflage und die absehbare kommunale Finanzsituation machen dieses zu einer anspruchsvollen Aufgabe.

Fazit

Die meisten der unter dem Oberbegriff des demographischen Wandels zusammengefassten Entwicklungen lassen sich kaum oder höchstens sehr langfristig beeinflussen. Das betrifft insbesondere die durch den Mangel an Geburten hervorgerufene tendenzielle Alterung der Bevölkerung. Bei der Entscheidung über die Kinderzahl sind persönliche Einstellungen und Wertmaßstäbe angesprochen, die durch kommunalpolitische Entscheidungen in ihren Auswirkungen allenfalls marginal beeinflussbar sind. Damit ist die demographische Zukunft der

heutigen Magdeburger Bevölkerung innerhalb relativ enger Grenzen für die nächsten 15 bis 20 Jahre vorhersagbar.

Diese Erkenntnisse sind inzwischen Allgemeingut, auch außerhalb der Fachwelt. Dennoch ist zu einer fatalistischen Einstellung gegenüber den demographischen Abläufen kein Anlass. Andererseits haben Erkenntnisse von der Tragweite, wie sie dem Wissen über den demographischen Wandel eigen ist, vor allem, wenn sie einen gewissen Grad von Unabänderlichkeit in sich tragen, die Tendenz, in der öffentlichen Wahrnehmung einer Wellenbewegung zu unterliegen. Nach einer langen Phase öffentlicher Ignoranz, während der das Thema nur die Fachwelt bewegt, folgt eine Phase gesteigerter Aufmerksamkeit, vor allem in den Massenmedien. Nach einer gewissen Zeit hat sich der Neuigkeitswert erschöpft, und das Thema verschwindet aus der ersten Reihe, ohne dass die Probleme gelöst wären. Es bedarf deshalb auch zukünftig der Aufmerksamkeit von Politik und Verwaltung.

Als Oberzentrum und Universitätsstadt ist Magdeburg in der Lage, seine demographische Situation quantitativ und auch qualitativ – also die altersmäßige Zusammensetzung betreffend – durch Wanderungsgewinne in gewissem Maße zu verbessern. Die positive Entwicklung der jüngsten Vergangenheit kann dabei nur der Anfang sein.

Die Abwanderung junger Menschen nach dem Abschluss ihrer Berufsausbildung bzw. ihres Studiums ist grundsätzlich ein völlig normaler Vorgang, den zu unterbinden weder wünschenswert noch realistisch wäre. Dagegen ist die Erzielung einer für längere Zeit positiven Wanderungsbilanz bei eben jener Bevölkerungsgruppe sowohl ein lohnendes Ziel als auch im Bereich des Möglichen. Diesem Ziel dienen alle städtischen Maßnahmen, die geeignet sind, die Attraktivität des Standorts Magdeburg für junge, leistungsfähige Arbeitskräfte (und damit auch für die aus dieser Gruppe hervorgegangene Gruppe der Entscheider in den Unternehmen!) zu erhöhen.

An dieser Stelle wird die enge Verzahnung der demographischen Problematik mit den Aufgaben der Wirtschaftsförderung und der Stadtentwicklung deutlich. Einerseits ist die Schaffung (inhaltlich und materiell!) attraktiver Arbeitsplätze durch ortsansässige und zugezogene Unternehmen Voraussetzung für die dauerhafte Ansiedlung leistungsfähiger und –williger Bevölkerungsschichten. Andererseits wird für die Ansiedlung innovativer Unternehmen stets das Vorhandensein qualifizierter Arbeitskräfte eine Voraussetzung sein. Die Attraktivität des Standortes für qualifizierte und mobile Arbeitskräfte ist einerseits von dem erzielbaren materiellen Lebensstandard abhängig. Allerdings sind heute die sogenannten „weichen Standortfaktoren“ nicht minder wichtig. Dazu gehören gleichermaßen Fragen der Innenstadtgestal-

tung, des Wohnungsangebots, der Verkehrssituation wie auch das Kulturleben und das Vorhandensein eines breit gefächerten Bildungsangebots. In diesen Zusammenhang gehören auch die Bemühungen um eine zunehmende Kinder- und Familienfreundlichkeit der Stadt.

Da die Zuwanderung über die Außengrenzen Deutschlands (und auch der EU) in absehbarer Zukunft die soziodemographischen Defizite nur zum kleinen Teil beheben wird, geht jeder Erfolg der Anstrengungen der Landeshauptstadt letztlich zu Lasten anderer Teile der Republik. In naher Zukunft dürften das vornehmlich die weniger bevorzugten Teile Sachsen-Anhalts und angrenzender Bundesländer sein. Hierin liegt das Potential für einen Konflikt, der auf politischer Ebene auszutragen sein wird.